



Ex-Gewerkschafter Wagner
„Erinnerung an eine Diktatur“

ten „Krefelder Appell“ zur Abrüstung – sollen Mitglieder bei „öffentlichen Willenskundgebungen auf fremden Unterschriftenlisten“ die Angabe ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit unterlassen, falls durch solches Votum „die durch Mehrheitsbeschlüsse festgelegten gewerkschaftlichen Positionen“ unterlaufen werden könnten.

Der Sinn der geforderten Selbstbeschränkung, die Wagner an „eine Diktatur“ erinnert: Gewerkschafter sollen, falls sie sich als solche zu erkennen geben, öffentlich möglichst mit einer Zunge sprechen.

Dies war in Berlin freilich kaum der Fall. Für den Landesvorsitzenden Koch etwa („Dieser Ausschluß hat mit dem Hausbesetzerproblem überhaupt nichts zu tun, es geht hier um Satzungsverstöße“) hat Ex-Mitglied Wagner „seit Jahren“ in „offenen Briefen, Anzeigen oder Stellungnahmen“ für die BSE „abwegige Positionen“ vertreten.

Der Gefeuerte dagegen, der mittlerweile zu einem Ingenieur-Kollektiv im besetzten Kreuzberger Gewerbehof „Kerngehäuse“ gehört, sah durchweg eher die Gewerkschaft auf dem Irrweg. Mal solidarisierte sich der kritische Gewerkschaftsmann mit einer Datentypistin in der BSE-Hauptverwaltung, der wegen eines Anti-Strauß-Aufklebers auf ihrem Lochgerät gekündigt worden war. Ein anderes Mal räsionierte er gegen eine gemeinsame Stellungnahme der Berliner Bauwirtschaft und des BSE-Vorstandes zum Bau einer Stadtautobahn.

Die „Neue Heimat“ schließlich forderte er zur Rücknahme von Strafanträgen gegen Besetzer der ihr gehörenden Immobilien auf – darüber hinaus auch zu einer Sanierungspolitik, die, wie es in einem von ihm gebilligten Text des „Aktionskreises“ heißt, „den vom DGB ge-

tragenen Grundsätzen der Sozialbindung von Eigentum; der Offenlegung von Unternehmerrgewinn, der Abschaffung von Spekulation“ zu entsprechen habe.

Den Verstoß gegen den DGB-Beschluß fanden die BSE-Herren in einem an die „Neue Heimat“ und DGB-Gewerkschaften adressierten Schriftstück, Mitunterzeichner: „Claus Wagner, BSE“. In dem Brief werden die Empfänger wieder einmal aufgefordert, sich gegen die „Kriminalisierung der Instandbesetzer“, für die „Freilassung aller im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Inhaftierten“ zu verwenden und als Aufsichtsräte der „Neuen Heimat“ für „eine gewaltfreie Politik“ der gemeinnützigen Baugesellschaften zu sorgen.

Bei solcher Beweislage rechnet sich Wagner-Anwalt Matthias Zieger gute Chancen aus, auf dem nach Satzung möglichen Beschwerdeweg eine Rücknahme des Ausschlusses zu erreichen. Und Wagner, der im Sommer wegen dauernder Querelen mit der BSE schon seinerseits seine Mitgliedschaft zum Jahresende aufgekündigt hatte, will nun notfalls sogar die Gerichte bemühen.

Der Berliner BSE-Vorstand dagegen denkt bereits über den Einzelfall hinaus. Am vergangenen Mittwoch beschloß er die Einleitung von Ausschlußverfahren gegen die Unterzeichner einer Zeitungsanzeige, neben Wagner sechzehn weitere BSE-Mitglieder. Die Verfasser nehmen in der Annonce kritisch zur „gegenwärtigen Wohnungspolitik“ im allgemeinen wie zum September-Umzug der Bauarbeiter im besonderen Stellung.

Vorsitzender Koch: „Die hätten das ja jederzeit in den entsprechenden Gremien diskutieren können. Der Ausschluß ist unser letztes Mittel, wenn Toleranz nichts fruchtet.“

LUFTFAHRT

Extravaganzen mit Gaddafi

Nach heftigen internen Auseinandersetzungen hat sich die Münchner Raketenfirma Otrag vorerst aus Libyen zurückgezogen.

Der Countdown verlief ohne Zwischenfälle. Planmäßig um 11.20 Uhr Ortszeit am 1. März 1981 hob die zwölf Meter lange Rakete von dem Startgerüst in der Oase Sebha, 800 Kilometer südlich der libyschen Hauptstadt Tripolis, ins Blaue ab.

„Ein weiterer wichtiger Teilerfolg auf dem Weg zur kommerziellen Nutzung des Otrag-Trägerraketensystems für den Satelliten- und Nutzlast-Transport in den Weltraum“, feierte die „Orbital Transport- und Raketen-Aktiengesellschaft“ (Otrag) aus München großspurig die Zündung im Lande des Muammar el-Gaddafi.

Doch den Geldgebern des Unternehmens bereitete der Start in der Wüste keine Freude.

Die rund 1500 „stillen Gesellschafter“, die der Abschreibungs-AG seit 1974 an die 170 Millionen Mark anvertraut hatten, machte der Erfolg erst recht unruhig: Zu gewagt schien ihnen das libysche Abenteuer der Otrag.

Ringsum in der Nachbarschaft Libyens fürchteten die Regierungen, die Deutschen würden dem exzentrischen Staatsoberhaupt Gaddafi Raketen bauen, womöglich gar für Atomsprengköpfe.

„Eine ernste Gefahr für den Frieden“, protestierte der ägyptische Außenmini-

Otrag-Raketenstart in Libyen: „Ernste Gefahr für den Frieden“



„Unterlagenvernichtung“

Wenn
wir
unser

Trumpf „AS“

ausspielen,
sind wir
unschlagbar ...

...für jeden Zweck also
den richtigen
Vernichtungsgrad

intimus

...gibt es
im guten
Bürofachhandel

zerkleinert
perfekt Text- und
Datenträger

Weitere ausführliche Informationen
erhalten Sie im guten Bürofachhandel

INTIMUS APPARATEBAU GMBH
Abt. Information 1 · Postfach 1220
D 7778 Markdorf/Bodensee
Tel. 0 75 44 / 60-0 · Telex 734 255

Vertrieb in A: Junkert Ges.m.b.H. Wien
Vertrieb in CH: Messerli AG Glattbrugg

ster Kamal Hassan Ali bei der deutschen Bundesregierung.

Wieder stand die Firma im Verdacht, nicht ein harmloser „Weltraumspediteur“, sondern eine militärische Tarnorganisation zu sein. Schon 1979 hatte die Otrag ein weitläufiges Versuchsgelände in Zaïre räumen müssen.

Damals argwöhnte der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew, die Deutschen würden dort Militärraketen testen. Bundeskanzler Helmut Schmidt und der damalige französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing bedrängten Zaires Regierungschef Mobutu Sese Seko, den Pachtvertrag mit der Otrag zu kündigen.

Verärgert registrierten die Geldgeber der Raketen-Firma nun, daß sich Otrag-Gründer Lutz Kayser erneut mit einem anrühigen Partner verbündet hatte. „Diese Extravaganzen mit Gaddafi“, zürnt Arno Gerisch, Berater des Frankfurter Spediteurs und Otrag-Teilhabers Carl E. Press, „waren nicht mit uns abgesprochen.“

Empört verlangten die Otrag-Gesellschafter nach dem Start in der libyschen Wüste Kaysers Abdankung. Ende September mußte er seinen Anteil von 74 Prozent an der AG, der die „Otrag Stille Gesellschaft“ der Kapitalanleger angehängt ist, an den Beirat der Gesellschafter als Treuhänder abgeben. Frank Wukash, technischer Vorstand der Otrag, und sein für das Kaufmännische zuständiger Kollege Helmut Billen legten vor dem Registergericht ihr Amt nieder und ließen sich dann als „Notvorstand“ der Aktiengesellschaft bestellen. Damit hat Kayser bei der Otrag nichts mehr zu melden.

Nicht nur die „Sperenzchen in Libyen“ (Gerisch) hatten die Geldgeber entsetzt. Beim Blick in die Bilanzen erschrecken sie noch mehr: Die Raketenfirma war kurz vor dem Absturz. Verbindlichkeiten von rund einer halben Milliarde Mark lasteten auf der Otrag – eine horrende Summe für ein Unternehmen, das zuletzt gerade drei Dutzend Mitarbeiter beschäftigte.

Auf das Verpulvern von Millionen verstand sich der Raketen-Ingenieur Kayser schon immer gut. Ende 1978, nach drei als Erfolg gefeierten Starts in Zaïre, waren schon 465 Millionen Mark an Entwicklungskosten verbucht. Allein 190 Millionen Mark von dieser Summe strich Zaïre als Pachtgebühr für das Versuchsgelände in der Provinz Shaba ein.

Für sich selber hatte Kayser schon kurz nach Gründung der Abschreibungs-firma Ende 1974 Vorsorge getroffen. Für 150 Millionen Mark verkaufte er seine „Erfinderrechte, Patente und das Know-how“ an die Gesellschaft.

Das war eine Menge Geld für eine Idee, die noch nicht einmal von Kayser stammte. Das Prinzip des Raketen-Typs, mit dem der Ingenieur Geldgeber anwarb, hatte schon der deutsche Raumfahrt-Pionier Johann Winkler Ende der 20er Jahre formuliert: Ein Grundele-



Otrag-Gründer Kayser

Für sich selber Vorsorge getroffen

ment aus zwei Röhren mit Flüssigkeits-Antrieb soll zu Trägerraketen von nahezu beliebiger Größe ausgebaut werden. Gesteuert wird das Projektil durch Schubdrosselung an den einzelnen Elementen.

Technisch ist das System längst überholt, vor allem deswegen, weil das Verhältnis zwischen Nutzlast und totem Gewicht bei zunehmender Größe der Kayser-Rakete immer schlechter wird: Die zahlreichen gebündelten Rohr-Elemente schlagen dann immer mehr zu Buche.

Dennoch hielt Kayser die Hand auf und kassierte, nicht nur für die Rechte am Grundprinzip. Es kümmerte ihn nicht, daß ein großer Teil der Erfindungen, die er der Otrag verkauft hatte, sich als unbrauchbar erwies. Besonders sein als genial einfach gelobtes Steuersystem – Scheibenwischermotoren sollten den Schub der Röhren regulieren – war ein Flop.

Kaiser kassierte bisher rund 15 Millionen Mark in bar; der Rest der Kaufsumme für die Rechte sollte in Jahresraten abbezahlt werden.

Auf einen Teil der noch ausstehenden Millionen muß der Raketen-Techniker nun allerdings verzichten. Gesellschafter-Beirat und Vorstand der überschuldeten Firma brachten einen „Sanierungsvergleich“ zustande. Die Gläubiger verzichteten auf 70 Prozent ihrer Forderungen. 350 Millionen Mark kann die Firma nun als „Sanierungsgewinn“ verbuchen.

Bei diesem Schnitt blieb Kayser nicht ungeschoren. Doch auch nach dem Teil-Verzicht hat er noch Anspruch auf etwa 40 Millionen Mark – sollte die Otrag jemals wieder zu Geld kommen.

Nur Zaïre mochte bei der Otrag-Rettung bisher nicht mitspielen. Das Land verlangt noch 70 Millionen Mark an ausstehender Pacht für das Testgelände. Anfang November soll über eine Reduzierung der Forderung verhandelt werden.

Die Geldgeber der Otrag mußten den verpulverten Millionen noch einige neue

Warum soll ein Fluggast nach Afrika auf französische Gastfreundschaft verzichten – es gibt doch **UTA** „Fliegen à la française“

UTA ist die französische Fluggesellschaft, die in Verbindung mit Air Afrique – z.T. als einzige – die meisten, mehr als zwanzig Destinationen in West-, Mittel- und Süd-Afrika anfliegt – regelmäßig, pünktlich, zuverlässig mit modernen Maschinen und einem weltbekannten Service – vor, während und nach der Reise.

Flugplan	M	D	M	D	F	S	S
Abidjan	2	3	3	2	4	3	3
Accra					1		
Douala	1		1		1		1
Freetown		1					1
Kano				1	1		
Lagos	1		1	1	1	1	

UTA
French Airlines

6 Frankfurt, Wolfsgangstraße 30
Tel.: 0611/590939, Telex: 0413504

Düsseldorf, Hamburg, Köln, München, Stuttgart

hinterherwerfen, damit das für den „Saniierungsvergleich“ nötige Geld in die Kasse kommt.

Die Ärmsten trifft es nicht gerade. Zu den stillen Teilhabern an Kaysers Raketen-Versuchen gehören zum Beispiel der Quizmaster Wim Thoeke, der Stuttgarter Verleger Ernst Klett und die Erben-gemeinschaft des Reifenfabrikanten Willy Kaus („Metzeler“).

Insgesamt wurden dieses Jahr bisher noch einmal 13,5 Millionen Mark für das marode Unternehmen gezeichnet. Den Beteiligten blieb kaum eine andere Wahl: Hätte die Abschreibungsfirma Pleite gemacht, wären die Finanzämter den Gesellschaftern mit Nachforderungen in Millionenhöhe gekommen. Die bisher gesparte Einkommensteuer, aus der die gutverdienenden Otrag-Teilhaber bequem Kaysers Raketen-Experimente finanzieren konnten, wäre bei einem Bankrott fällig gewesen – die Gesellschafter hätten Bares rausrücken müssen.

Letzten Monat nun konnte die Firma per „Rundschreiben 11.1981“ den stillen Gesellschaftern „Erfreuliches“ berichten: „Die Fortsetzung der gewerblichen Existenz der Otrag ist gesichert.“

Diese Existenz sieht allerdings im Vergleich zu Kaysers gigantischen Versprechungen (ein „Gesamtumsatz von 30 Milliarden Mark in den nächsten zwei Dekaden“) sehr dürftig aus. Die Großrakete, mit der Satelliten ins All getragen werden sollten, hat keine Chance mehr. Das in Libyen getestete Geschöß mit vier Antriebs-elementen soll nun als Höhenforschungs-Rakete für wissenschaftliche Zwecke vermarktet werden.

Doch noch fehlt ein Startplatz. Denn weitere Experimente bei Gaddafi will der neue Otrag-Boß Wukasz nicht riskieren. Die Mitarbeiter sind schon aus der Wüste abgezogen. Gegenwärtig ventilieren die Otrag-Manager bei den Brasilianern, ob sie in dem Amazonas-Staat ihre Raketen ausprobieren dürfen.

Aber da erweist es sich als schweres Handikap, daß die Otrag allenthalben im Ruf steht, ein Rüstungsunternehmen zu sein. Offenbar waren Kaysers libysche Aktivitäten auch keineswegs so harmlos, wie der gefeuerte Otrag-Chef sie bisher immer darstellte. „Was der in Libyen getan hat“, so das Eingeständnis von Wukasz, „konnte der Vorstand einer deutschen AG nicht tolerieren.“

Einige Details an dem in Libyen getesteten Raketen-Modell deuten auf eher unfriedliche Absichten. So soll die neueste Version mit Schwenkflügeln und Steuerdüsen ausgestattet sein. Damit wäre eine genauere Zielsteuerung möglich – für eine schlichte Forschungsrakete eine überflüssige Vorrichtung.

Nach der Trennung von der deutschen Abschreibungsgesellschaft könnte Kayser ohne politische Rücksichten und auf Gaddafis Rechnung daran weiterbasteln – allerdings nicht ohne Risiko für sich selber: Die Israelis dürften dem Treiben des deutschen Raketen-Ingenieurs gewiß nicht lange untätig zuschauen.

GRÜNE

Alte Helmat

Zwei Jahre nach seiner Ausweisung aus der DDR durfte Rudolf Bahro erstmals wieder ein sozialistisch regiertes Land besuchen: Nordkorea.

Der Herr auf dem Wiener Flughafen Schwechat war aus der DDR ange-reist, um den früheren Bautzen-Häftling Rudolf Bahro auf das freundlichste zu umsorgen.

Fortan wich der Sekretär der nordko-reanischen Botschaft in Ost-Berlin nicht mehr von der Seite seines Schützlings. Bei einer Zwischenlandung im real exi-stierenden Sozialismus schleuste er den DDR-Dissidenten durch den Moskauer Transit, um ihn dann beim Empfangsko-



Nordkorea-Besucher Bahro
„Innerer Parteitag“

mittee der „Koreanischen Arbeiterpar-tei“ in Pjöngjang abzuliefern.

Dort wurde Bahro, eingeladen von der Demokratischen Volksrepublik Korea, behandelt wie ein Staatsgast. Junge Pio-niere begrüßten ihn, eine Regierungslimo-sinè mit rotem fünfzackigen Stern auf dem Nummernschild beförderte den Besucher aus der Bundesrepublik in sein Domizil an einem See außerhalb Pjöng-jangs. In den riesigen Räumen wuselte Personal, auf dem Wasser dümpelten zwei Motorboote für Lustfahrten.

Rudolf Bahro fühlte, zwei Jahre nach seinem Rausschmiß aus der DDR erst-mals zu Gast in einem sozialistischen Land, „einen inneren Parteitag, wie man drüben sagt“.

Den hatte ihm die Schriftstellerin Lui-se Rinser verschafft. Ihr war, bei einem Nordkorea-Besuch im Mai vorigen Jah-res, Bahros Buch „Die Alternative“ in den Sinn gekommen. Rinser: „Seine Kri-tik am ‚real existierenden Sozialismus‘ und seine Darstellung dessen, was Sozia-